



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bericht des Bundesrates

Verstärktes Engagement der Schweiz in der Demokratischen Republik Kongo

Bericht in Erfüllung des Postulats 12.3000 der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates (APK-S) vom 09. Januar 2012

Dezember 2013



Verstärktes Engagement der Schweiz in der Demokratischen Republik Kongo

Inhalt

1.	Kontext und Ausblick	3
2.	Geschichte der Schweizer Zusammenarbeit	4
3.	Neue Kooperationsstrategie Grosse Seen und verstärktes Engagement der Schweiz	5
a.	Entwicklungszusammenarbeit.....	6
b.	Humanitäre Hilfe	6
c.	Menschliche Sicherheit	7
d.	Engagements im Bereich Konfliktlösung und regionale Stabilisierung.....	8
e.	Migration	9
4.	Schlussfolgerungen	10



Engagement der Schweiz in der Demokratischen Republik Kongo

Die Aussenpolitische Kommission des Ständerates (APK-S) forderte den Bundesrat mit dem Postulat 12.3000 «Verstärktes Engagement der Schweiz in der Demokratischen Republik Kongo» auf, Bericht zu erstatten über die Massnahmen, die in Absprache mit anderen Ländern und internationalen Organisationen zu treffen sind, um das Engagement der Schweiz zur Erhaltung des zivilen Friedens, zur Einhaltung der Menschenrechte sowie zur Aufrechterhaltung der Demokratie und zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung in der Demokratischen Republik Kongo weiterzuverfolgen und zu verstärken. Der Bundesrat beantragte in seiner Antwort vom 22. Februar 2013 die Annahme des Postulats. Dieses wurde am 8. März 2013 vom Ständerat überwiesen. Der vorliegende Bericht leistet dem Postulat Folge. Er gibt Auskunft über die schweizerische Kooperationsstrategie für die Region der Grossen Seen 2013–2016 und das Engagement der Schweiz in der Demokratischen Republik Kongo.

1. Kontext und Ausblick

Die Demokratische Republik Kongo (DRK) bildet zusammen mit Burundi und Ruanda den Kern der afrikanischen Region der Grossen Seen. Die jüngste Geschichte der Region ist geprägt von Kriegen und Gräueltaten, welche die Bevölkerungen traumatisiert und die Staaten geschwächt haben. Nach dem Völkermord in Ruanda im Jahr 1994 kam es zu zwei Kriegen mit regionalen Auswirkungen in der DRK (1996–1997 und 1998–2003), die über fünf Millionen Tote forderten und drei Millionen Menschen in die Flucht trieben. Auch nach der offiziellen Beendigung der Konflikte im Jahr 2003 und der Durchführung von Wahlen im Jahr 2006 und trotz des Rahmenabkommens über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit für die Demokratische Republik Kongo und die Region (PSCF), das im Februar 2013 in Addis Abeba unterzeichnet wurde, bleibt die Lage im Osten der DRK äusserst volatil, mit sporadisch aufflackernden Kampfhandlungen seitens einer ganzen Reihe von Rebellengruppen diffuser Herkunft.

Am 5. November 2013 errang die kongolesische Armee im Osten der DRK einen historischen Sieg über die Rebellen der „Bewegung des 23. März“ (M23). Nach dieser militärischen Niederlage strebt die M23 nun eine politische Einigung mit Kinshasa an. Diese veränderte Situation markiert auch eine regionalpolitische Wende und dürfte dazu beitragen, die Umsetzung und die Überwachung des Rahmenabkommens von Addis Abeba voranzutreiben, auch wenn der Kampf gegen die bewaffneten Gruppierungen¹, sowie eine regionale Dynamik, bei der die Bodenschätze die Begehrlichkeit

¹ Die wichtigsten der rund dreissig bis fünfzig übrigen Gruppierungen sind die Forces démocratiques de libération du Rwanda (FDLR), die Allied Democratic Forces (ADF bzw. ADF-Nalu) und die Lord's Resistance Army (LRA).



ten der benachbarten Staaten bis weithin nach Ostafrika wecken, weiterhin grosse Herausforderungen darstellen.

Die Grösse des Landes, die Vielzahl bewaffneter Kämpfe, die ständig wechselnden Allianzen und die hohe Anzahl der involvierten Akteure auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene haben in der DRK eine sehr komplexe Situation geschaffen. Vor diesem Hintergrund wird die Stabilisierung der Region im Wesentlichen von der Stärkung der Legitimation der staatlichen Institutionen und von der Fähigkeit der DRK abhängen, ihre bedeutenden Bodenschätze in der Region Kivu, wo der Abbau weitgehend in den Händen bewaffneter Gruppen liegt, sowie in Katanga, unter Kontrolle zu bringen. Zudem sind die Institutionen in der DRK nach wie vor fragil.

2. Geschichte der Schweizer Zusammenarbeit

Die Schweiz ist in der Region der Grossen Seen seit den 1960er-Jahren mit Programmen der Entwicklungszusammenarbeit präsent, hauptsächlich in Ruanda und Burundi. Nach dem Völkermord in Ruanda im Jahr 1994 setzte die Schweiz ihre bilaterale Zusammenarbeit vorübergehend aus und konzentrierte sich auf die humanitäre Hilfe in der Region. Im Jahr 2001 beschloss der Bundesrat, die Entwicklungszusammenarbeit mit Ruanda wieder aufzunehmen und diese regional auszurichten. Dieser Beschluss trug dem grenzüberschreitenden Charakter der Herausforderungen, die sich den Staaten der Grossen Seen stellen, und der resultierenden Notwendigkeit Rechnung, diesen Herausforderungen mit einem regionalen Ansatz zu begegnen. Diese Regionalisierung des Engagements erfolgte zu einer Zeit, als Burundi (Übergangsregierung im Nachgang zu den Abkommen von Arusha von 2001 und erste Wahlen im Jahr 2005) und die DRK (Übergangsregierung im Nachgang zu den Abkommen von Pretoria von 2003 und erste Wahlen im Jahr 2006) zur Demokratie übergingen. Ab 2006 nahm die Schweiz auch die Entwicklungszusammenarbeit mit Burundi wieder auf. Im gleichen Jahr beschloss sie die Lancierung eines neuen Entwicklungsprogramms in der DRK. Die Voraussetzungen für die Aufnahme des Engagements in der DRK waren damals besonders günstig: Die Wahlen von 2006 – die ersten in der Geschichte des Landes – bedeuteten einen Meilenstein, hatte sich die Bevölkerung doch klar für einen Bruch mit dem herrschenden System und den Wiederaufbau des Landes ausgesprochen. Aus offensichtlichen Gründen der Effizienz und der Kohärenz mit ihrem regionalen Ansatz beschloss die Schweiz, ihre Tätigkeit in der DRK auf die Provinz Süd-Kivu zu konzentrieren, die nahe der ruandischen und burundischen Zielregionen liegen. Dieses Engagement war von Anbeginn auf die Gesundheit von Müttern und Kindern und auf die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen ausgerichtet. Diese Priorität, die seit 2008 durch umfangreiche Projekte konkretisiert wird, geht auch auf den Wunsch der Schweiz zurück, in einem Bereich anzusetzen, den die von anhaltenden Konflikten heimgesuchte Bevölkerung Süd-Kivus als besonders dringlich erachtet. Süd-Kivu ist die kongolesische Provinz, die während des Krieges am meisten Menschenopfer zu beklagen hatte.



Seit nunmehr einem Jahrzehnt führt die Schweiz ihre Programme im Rahmen einer regionalen Strategie durch, die den koordinierten Einsatz von Entwicklungszusammenarbeit, humanitärer Hilfe und neu auch Friedenspolitik und Diplomatie vorsieht. Schlüsselakteure auf Seiten der Schweiz sind die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und die Politische Direktion des EDA. Beteiligt sind ferner das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) und – vertreten durch das Bundesamt für Migration (BFM) – das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD).

3. Neue Kooperationsstrategie Grosse Seen und verstärktes Engagement der Schweiz

Im Rahmen der Planung im Jahr 2012 der neuen schweizerischen Kooperationsstrategie 2013–2016 für die Region der Grossen Seen beschloss das EDA eine Erhöhung der Hilfe zugunsten der DRK. Möglich wurde dies dank der Botschaft über die Internationale Zusammenarbeit der Schweiz 2013–2016, die eine Aufstockung der Mittel für die Zusammenarbeit in fragilen Kontexten vorsieht. Der Entscheid steht aber auch im Einklang mit der in Busan eingegangenen Verpflichtung der Schweiz bezüglich der Prinzipien des Engagements in fragilen Staaten: Der sogenannte *New Deal* legt das Schwergewicht auf eine Politik, welche die Partizipation aller politischen Akteure, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verbesserung der Lebensgrundlagen als Voraussetzung für die Stärkung der Legitimation der Institutionen, der Grundversorgung und mithin auch der regionalen Stabilität fördert.

Die schweizerische Kooperationsstrategie 2013-2016 für die Region der Grossen Seen bezweckt den koordinierten Einsatz der Instrumente der Schweiz mit dem Ziel, einer durch Armut und durch die Folgen der bewaffneten Konflikte in zweifacher Hinsicht belasteten Bevölkerung Hilfe zu gewähren. Um den Kampf gegen die Armut wirksam zu führen, müssen die drei betroffenen, noch immer fragilen Staaten (DRK, Ruanda, Burundi) zunächst ein höheres Mass an Frieden, Gerechtigkeit und Stabilität wiederherstellen können. Diese Stabilität wird in erster Linie von einer Stärkung der Legitimation und der Funktionsfähigkeit der staatlichen Institutionen abhängen. Die Schweiz möchte hierzu einen Beitrag leisten, indem sie die Mitwirkung aller Akteure in den soziopolitischen Prozessen fördert, die Staaten bei der Bereitstellung qualitativ hochwertiger grundlegender Dienstleistungen unterstützt und ein beschäftigungsfreundliches Umfeld schafft. Der Schweiz stehen dafür verschiedene Instrumente zur Verfügung: Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe, Massnahmen der Konfliktlösung (nationaler Dialog, Versöhnungsprozess, Justiz in Transitionsprozessen) und friedenspolitische Massnahmen zur regionalen Stabilisierung. Schliesslich erreichte die schweizerische Migrationspolitik im Jahr 2013 gegenüber der DRK bedeutende Meilensteine.



a. Entwicklungszusammenarbeit

Die ersten Entwicklungsprojekte richteten sich auf die Gesundheit von Müttern und Kindern sowie die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen (durch die rund 8000 Opfer von sexueller Gewalt medizinische und psychosoziale Behandlung erhielten). In den folgenden Jahren wurde dies Engagement ergänzt mit Initiativen im Bereich Trinkwasser und sanitäre Grundversorgung vorwiegend in Spitälern. Zur Verbesserung der Einkommenssituation, insbesondere für die junge Bevölkerung, wurde dieses Jahr ein neues Projekt im Landwirtschaftsbereich lanciert. Zudem befindet sich die Ausarbeitung eines weiteren Projekts im Bereich Berufsbildung in der Schlussphase. Ergänzt werden diese eher technischen Projekte durch stärker politisch ausgerichtete Engagements im Medienbereich (Unterstützung von Lokalradios, aber auch der Stiftung Hironnelle, der Betreiberin von Radio Okapi) sowie in dem sehr sensiblen Bereich der Landreform (Pilotversuch zur Sicherung von Landrechten in der Provinz Süd-Kivu mit dem Ziel, Einfluss auf die Reform der nationalen Landrechtspolitik zu nehmen). Damit strebt die Schweiz in der DRK, ähnlich wie in Ruanda und Burundi, einen Ansatz an, in welchen die Erfahrungen aus konkreten, dezentral organisierten Projekten im Feld und eines sektorbezogenen nationalen Dialogs gleichermaßen einfließen.

Die regionale Zusammenarbeit der Schweiz investiert in der DRK rund 8 Millionen Franken pro Jahr, Tendenz steigend. Die Schweiz ist zudem gemeinsam mit anderen Staaten an der Finanzierung von zwei Projekten beteiligt: einem regionalen Projekt mit einer DRK-Komponente im Bereich Demokratieprozesse (Interpeace), zusammen mit Schweden, und einem weiteren, ebenfalls regionalen Projekt mit einer DRK-Komponente im Landwirtschaftsbereich, zusammen mit den Niederlanden.

b. Humanitäre Hilfe

Aufgrund der laufenden Verschlechterung der humanitären Lage in der DRK und den entsprechenden Auswirkungen auf die Nachbarländer stationierte die Humanitäre Hilfe im Jahr 2013 einen Programmleiter in Bukavu (Süd-Kivu). Diese Präsenz erlaubte eine verbesserte Einschätzung der humanitären Bedürfnisse, der zu unterstützenden geografischen Gebiete, wirkungsvoller Partnerschaften und entsprechend der Effektivität des Schweizer Mitteleinsatzes. Vor dem Hintergrund der Herausforderung, die der Menschenrechtsschutz in der DRK darstellt, finanziert die Humanitäre Hilfe im Jahr 2013 mehrere neue bilaterale Projekte im Masisi-Gebiet (Nordkivu), einer Region, die während langer Zeit aus Sicherheitsgründen kaum zugänglich war. Ein regelmässiger Kontakt und finanzielle Beiträge an UNO-Organisationen – Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR), Welternährungsprogramm (WFP), Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und Internationale Organisation für Migration (IOM) – erlauben es, die humanitären Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft auf koordinierte Weise zu unterstützen. Zur Stärkung der Kapazitäten des WFP im Bereich «Schutz» wurden zwei Experten des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe in



Goma stationiert. Das IKRK, ein bewährter Partner der Humanitären Hilfe, hat zahlreiche Projekte insbesondere in den Bereichen Demobilisierung von Kindersoldaten, Familienzusammenführung, Beratung für Gewaltopfer und Betreuung von Kriegsversehrten durchgeführt. Dank der verstärkten Anstrengungen und Zusatzfinanzierungen konnten die humanitären Massnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung verbessert werden, entsprechend dem vorrangigen Ziel der Humanitären Hilfe gemäss der Botschaft 2013–2016. Die Humanitäre Hilfe der Schweiz hat in diesem Jahr 8.1 Millionen Franken (Stand Ende Oktober 2013) in der DRK eingesetzt.

c. Menschliche Sicherheit

Die schweizerische Kooperationsstrategie (2013–2016) für die Region der Grossen Seen sieht ein verstärktes Engagement im Bereich der menschlichen Sicherheit in der DRK vor. Die bisherigen Aktivitäten, die vor allem auf die Förderung des Dialogs zwischen lokalen Akteuren ausgerichtet waren, werden schrittweise ausgedehnt. Die Schweiz hat erstmals eine Beauftragte für menschliche Sicherheit (Human Security Advisor, HSA) an die Schweizer Botschaft in Kinshasa entsandt, die ihre Arbeit im April 2013 aufgenommen hat und ihr Wirken auf das ganze Hoheitsgebiet der DRK ausrichtet: Sie sondiert im Rahmen ihres Mandates mehrere neue Initiativen:

Die Schweiz gehört zu den ersten und bedeutendsten Gebern für das Profiling-Projekt des Büros der Hochkommissarin für Menschenrechte (OHCHR). Dieses hat zum Ziel, Profile zur Erkennung von Kriegsverbrechern zu erstellen, welche im Rahmen der Ermittlungen hochrangiger Sicherheitsbeamten in der DRK verwendet werden. Im Nachgang zu diesem Projekt in Zusammenarbeit mit dem OHCHR und weiteren nationalen und internationalen Partnern prüft die Schweiz derzeit, ob 2014 ein Projekt zur Vergangenheitsarbeit lanciert werden kann, welches vorrangig die Dokumentation von Zeugenaussagen und die Kontextualisierung verschiedener Konfliktverfahren in der DRK zum Ziel hat.

Weiter hat die Schweiz im Juli 2013 ein Projekt lanciert, in dem ein Reflektionsprozess über eine nachhaltige Verbesserung der Stellung der Frau in der DRK ausgelöst werden soll. Im vergangenen Jahrzehnt waren nämlich vor allem Fortschritte in normativer Hinsicht zu verzeichnen. Diese Fortschritte sind allerdings im alltäglichen Leben der kongolesischen Frauen kaum spürbar. Die vielen Übergriffe und Diskriminierungen, denen sie ausgesetzt sind, stehen in Gegensatz zu den Hoffnungen, die durch die neu verabschiedeten Gesetze und die zahlreichen Vorhaben zum Schutze der Frauen hervorgerufen wurden.

Die Botschaft in Kinshasa arbeitet über die Beauftragte für menschliche Sicherheit eng mit der in Kinshasa basierten Nichtregierungsorganisation «Initiative pour un leadership cohésif, ILC» zusammen, welche über den Abbau des Misstrauens zwischen nationalen und lokalen Akteuren die Bereitschaft für breitere innenpolitische Meinungsbildung fördert. Dies trägt zur Umsetzung des Rahmenabkommens über



Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region der Grossen Seen (PSCF) auf regionaler Ebene bei.

Auf multilateraler Ebene verfolgt die Schweiz aufmerksam die Weiterentwicklung des Mandats der Mission der Vereinten Nationen für die Stabilisierung in der Demokratischen Republik Kongo (MONUSCO) durch den Sicherheitsrat, und sie macht im Rahmen der sich bietenden Möglichkeiten ihren Einfluss geltend. Ausserdem unterstützt sie die gesamte Tätigkeit der UNO, deren verschiedene Organisationen unabhängig vom jeweiligen Land die Verbesserung der administrativen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die politischen Missionen und die Friedenssicherungsmissionen anstreben. In der DRK unterstützt die Schweiz direkt die MONUSCO Strategie zur Stabilisierung des Ostens des Landes.

d. Engagements im Bereich Konfliktlösung und regionale Stabilisierung

Bereits im März 2011 hatte der Bundesrat dem Vorschlag des VBS zur Ausweitung des bestehenden Schweizer Engagements in der MONUSCO von vier auf acht Schweizer Armeeangehörige (Militärbeobachter, Experten für Minenräumung und für Sicherheitssektor-Reform) zugestimmt. Seit 2013 stehen vier Militärbeobachter im Hauptquartier der MONUSCO in Kinshasa und drei Minenräumungsexperten in MONUSCO-Missionen im Einsatz. Die humanitäre Minenräumung und die Kampfmittelbeseitigung spielen in der Mission der MONUSCO eine zentrale Rolle. Ausserdem könnte die UNO die Schweizer Armee um Unterstützung im Zusammenhang mit der Reform des Sicherheitssektors in der DRK ersuchen. Dieser Bereich, insbesondere das humanitäre Völkerrecht, hat in Afrika an Bedeutung gewonnen, seit sich die Afrikanische Union in den letzten Jahren immer mehr mit ihren eigenen Mitgliedsländern im Bereich der Konfliktlösung und der Stärkung des Friedens auf dem Kontinent engagiert.

Das Know-how der Schweiz in den Bereichen Dialog und Konfliktmediation, partizipative Regierungsführung sowie Genderfragen und die wichtige Rolle, die sie durch die Bereitstellung von Experten bei der grundlegenden Überarbeitung der Strategie zur Stabilisierung des Ostens der DRK gespielt hat, machen die Schweiz zu einer wichtigen Akteurin für den neuen Ansatz der MONUSCO. Dieser basiert neu auf dem demokratischen Dialog, mit besonderem Akzent auf der Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen. Die Frage eines möglichen finanziellen Beitrags der Schweiz zur Umsetzung der Strategie soll Anfang 2014 geprüft werden.

Die Schweiz setzt sich für die Umsetzung des Rahmenabkommens über Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region der Grossen Seen (PSCF) ein, das unter der Führung der Sondergesandten des UNO-Generalsekretärs für die Region der Grossen Seen, Mary Robinson, unterzeichnet wurde. Wie unlängst angekündigt wurde beschlossen, dass die Schweiz einige der Initiativen von Mary Robinson bei den Bemühungen zur Friedenskonsolidierung unterstützen würde. Diese zusätzliche Unterstützung könnte für Rundtischgespräche mit Experten, die den tieferliegenden



Ursachen des Konflikts in der DRK nachgehen, für die Organisation von Friedensprozessen auf lokaler Ebene oder für Initiativen zur Förderung von Frauen und Jugendlichen eingesetzt werden. Die Schweizer Botschaft in Nairobi hat zudem wertvolle Kontakte zum Büro von Frau Robinson in Kenia aufgebaut, die es erlauben, sehr sensible Themen anzusprechen, die im Rahmen der internationalen Organisationen nicht immer behandelt werden können. Eine erste Regionalkonferenz Anfang Juli 2013 in Bujumbura (Burundi) wurde von der Schweiz kofinanziert.

Die Problematik der Nutzung der mineralischen und natürlichen Ressourcen betrifft zum einen deren illegale Ausbeutung durch verschiedene bewaffnete Gruppierungen und zum anderen die legale Ausbeutung durch die Grosskonzerne. Die Anstrengungen der Schweiz konzentrieren sich auf den zweitgenannten Bereich. So wird die Schweiz ihre Bemühungen auf nationaler und internationaler Ebene fortsetzen, die einerseits eine Stärkung der Standards für Transparenz und Rechenschaftspflicht im Bereich des Abbaus von und des Handels mit Rohstoffen und andererseits eine Verbesserung des rechtlichen Rahmens und/oder der nichtlegislativen Massnahmen zur Verbesserung der Sozial- und Umweltnormen der Unternehmen zum Ziel haben. Die sogenannten Voluntary Principles on Security and Human Rights (freiwillige Grundsätze für Sicherheit und Menschenrechte) tragen zum Schutz der Menschenrechte und zur Prävention von Konflikten im Zusammenhang mit der Rohstoffindustrie bei. Die Schweiz übernimmt bei der Umsetzung der Voluntary Principles eine führende Rolle und präsidiert seit März 2013 deren Steuerungsausschuss. Ferner hat sie das Ko-Präsidium der Gruppe für Voluntary Principles in der DRK inne. In dieser Funktion arbeitet sie eng mit Organisationen der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor sowie mit staatlichen und parastaatlichen Institutionen zusammen, um die Achtung der Menschenrechte im Rohstoffsektor sicherzustellen. Aufgrund der Schwäche der staatlichen Institutionen in der DRK kann die Schweiz jedoch vor allem über den Dialog zu einer Verbesserung der lokalen Gouvernanzsysteme und damit zur demokratischen Kontrolle des Rohstoffsektors beitragen.

e. Migration

Im Migrationsbereich haben die Schweiz und die Demokratische Republik Kongo im Februar 2013 ein Abkommen unterzeichnet. Das Migrationsabkommen entspricht dem vom BFM in den vergangenen Jahren entwickelten Standard: Es enthält über die Rückübernahme und Reintegration hinaus auch Bestimmungen zum Aufenthalt, der Zulassung und der Zusammenarbeit zwischen den Behörden sowie zur strukturellen Hilfe. Diese Bestimmungen bewegen sich innerhalb des in der Schweiz geltenden Gesetzesrahmens, und das Abkommen unterscheidet sich weder in der Form noch inhaltlich von den Rückübernahmeabkommen, welche die Schweiz mit anderen aussereuropäischen Staaten abgeschlossen hat. Die Aufwendungen für die Projekte, die im Rahmen der Strukturhilfe verwirklicht werden sollen, belaufen sich auf rund 300 000 Franken pro Jahr und dienen der Entwicklung einer nachhaltigen Zusammenarbeit.



4. Schlussfolgerungen

Seit dem Antrag des Bundesrates vom 12. Februar 2012 auf Annahme des Postulats 12.3000 der APK-S haben die zuständigen Dienste des Bundes die Wichtigkeit eines verstärkten Engagements in der DRK mitgetragen. In der Folge wurden das Hilfsvolumen erhöht, verschiedene Berater vor Ort – in der Region Kivu und in Kinshasa – stationiert und Militärbeobachter entsandt. Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit ist langfristig ausgerichtet und soll nach Möglichkeit zur Entwicklung wirtschaftlicher und institutioneller Perspektiven vor Ort beitragen. Die Schweiz setzt sich aktiv für die wichtigsten internationalen Friedensinitiativen in der Region der Grossen Seen ein und arbeitet mit diesen zusammen.

Das EDA hat seine neue schweizerische Kooperationsstrategie Grosse Seen 2013–2016 im April 2013 verabschiedet und publiziert.

(http://www.deza.admin.ch/ressources/resource_fr_225853.pdf, nur französisch)